

## **Georg Picht**

### **Die deutsche Bildungskatastrophe**

#### 1. Der Tatbestand

Eines der tragenden Fundamente jedes modernen Staates ist sein Bildungswesen. Niemand müßte das besser wissen als die Deutschen. Der Aufstieg Deutschlands in den Kreis der großen Kulturnationen wurde im neunzehnten Jahrhundert durch den Ausbau der Universitäten und der Schulen begründet. Bis zum Ersten Weltkrieg beruhten die politische Stellung Deutschlands, seine wirtschaftliche Blüte und die Entfaltung seiner Industrie auf seinem damals modernen Schulsystem und auf den Leistungen einer Wissenschaft, die Weltgeltung erlangt hatte. Wir zehren bis heute von diesem Kapital. Die wirtschaftliche und politische Führungsschicht, die das sogenannte Wirtschaftswunder ermöglicht hat, ist vor dem Ersten Weltkrieg in die Schule gegangen; die Kräfte, die heute Wirtschaft und Gesellschaft tragen, verdanken ihre geistige Formung den Schulen und Universitäten der Weimarer Zeit. Jetzt aber ist das Kapital verbraucht: Die Bundesrepublik steht in der vergleichenden Schulstatistik am untersten Ende der europäischen Länder neben Jugoslawien, Irland und Portugal. Die jungen Wissenschaftler wandern zu Tausenden aus, weil sie in ihrem Vaterland nicht mehr die Arbeitsmöglichkeiten finden, die sie brauchen. Noch Schlimmeres bereitet sich auf den Schulen vor: In wenigen Jahren wird man, wenn nichts geschieht, die schulpflichtigen Kinder wieder nach Hause schicken müssen, weil es für sie weder Lehrer noch Klassenräume gibt. Es steht uns ein Bildungsnotstand bevor, den sich nur wenige vorstellen können. /17: /

#### *Zwei Millionen Schüler mehr*

Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand. Der bisherige wirtschaftliche Aufschwung wird ein rasches Ende nehmen, wenn uns die qualifizierten Nachwuchskräfte fehlen, ohne die im technischen Zeitalter kein Produktionssystem etwas leisten kann. Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht. Aber die politische Führung in Westdeutschland verschließt vor dieser Tatsache beharrlich die Augen und läßt es in dumpfer Lethargie oder in blinder Selbstgefälligkeit geschehen, daß Deutschland hinter der internationalen Entwicklung der wissenschaftlichen Zivilisation immer weiter zurückbleibt.

Während in den anderen hochentwickelten Ländern die Kulturpolitik in den Mittelpunkt des staatlichen und politischen Interesses gerückt ist und keine Investition als zu hoch gilt, wenn es um den Ausbau der wissenschaftlichen Institutionen und des Bildungswesens geht, ist in der Bundesrepublik der Anteil der Ausgaben für Schulen und Hochschulen am Sozialprodukt zwar bis 1958 allmählich gestiegen, seither aber nach den Angaben der Kultusminister ständig gesunken — von 3,31 Prozent im Jahr 1958 über 3,26 Prozent im Jahr 1959 auf 2,99 Prozent nach den Haushaltansätzen des Jahres 1962. Wenn über Kulturpolitik debattiert wird, ist der Bundestag leer.

So kann und darf es nicht weitergehen. Die Öffentlichkeit muß nun endlich die Wahrheit zur Kenntnis nehmen, und die Politiker werden sich entschließen müssen, jene harten Entscheidungen zu treffen, wie sie ein nationaler Notstand / 18: / erster Ordnung erfordert. Deshalb soll in den ersten drei Kapiteln eine möglichst genaue Darstellung des Tatbestandes und eine Analyse der Probleme gegeben werden, die sich aus der bisherigen Form der Kultusverwaltung in der Bundesrepublik ergeben haben. Das letzte Kapitel wird daraus die Konsequenzen für jenes Notstandsprogramm zu ziehen haben, das wir von den Regierungen des Bundes und der Länder fordern müssen.

Eine Wahrheit, die heilsam sein soll, ist meistens schmerzhaft; dies gilt besonders auf dem Felde der

Kulturpolitik, denn nirgends wuchern die Ideologien so dicht, nirgends sind die Tabus so schwer zu durchbrechen. Die Regierungen der Länder und des Bundes, die Parlamente, die Parteien und die großen gesellschaftlichen Mächte haben Grund zu befürchten, daß sie kompromittiert sein werden, wenn man die Öffentlichkeit mit den Realitäten konfrontiert. Aber es geht uns hier nicht um Kritik an irgendwelchen Personen, Institutionen oder Gruppen, sondern allein um die Hilfe, die jetzt not tut. Wenn alle Kräfte sich zusammenschließen, um die notwendigen politischen Entscheidungen möglich zu machen, so kann unser vom Ruin bedrohtes Bildungswesen vielleicht in letzter Stunde noch gerettet werden. Dann müssen wir handeln, und zwar sofort. Wir brauchen eine rasche, eine zielbewußte und entschiedene Therapie. Eine gute Therapie muß aber mit der Diagnose beginnen; diese wird deshalb unsere erste Aufgabe sein.

Die Kultusminister der elf Länder der Bundesrepublik haben am 14. März 1963 eine "Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970" vorgelegt, die es zum ersten Male seit dem Bestehen unseres Staates den Politikern und der Öffentlichkeit erlaubt, sich / 19: / ein klares, auf amtliche Zahlen gestütztes Bild vom gegenwärtigen Stand unseres Schulwesens zu machen. Je mehr man sich in das Studium dieses bedeutsamen Dokumentes vertieft, desto mehr muß man den Mut bewundern, den die Kultusminister mit dieser Publikation bewiesen haben. Die Zahlen, die sie bekanntgegeben haben, sind alarmierend; sie lassen erkennen, daß wenigstens die Kultusminister sich über den Stand der Dinge kaum noch Illusionen machen. Die großen Hemmnisse der westdeutschen Kulturpolitik liegen bei anderen Stellen; wer sich bemüht, sie zu überwinden, darf sich mit den Kultusministern solidarisch wissen.

Wenn man das politische Gewicht der Probleme des Bildungswesens beurteilen will, muß man sich die Größenordnungen vor Augen stellen, um die es hier geht. In einem modernen Kulturstaat ist das Bildungswesen der größte organisierte Sozialkörper überhaupt. Das gilt auch für die Bundesrepublik. Im Jahre 1961 wurden an den westdeutschen Schulen aller Schularten von 262.247 Lehrern in 278.900 Klassen 8.676.877 Schüler unterrichtet. Dazu kamen 15.927 Hochschullehrer, die 234.621 Studenten zu unterrichten hatten. Man sieht aus diesen Zahlen, daß in keinem Bereich unserer Gesellschaft durch Versäumnisse oder Mißgriffe der politischen Führung und der Verwaltung so viele menschliche Schicksale betroffen werden wie hier. Notstände, die im Bildungswesen herrschen, vergiften das Leben des ganzen Volkes, zumal auch die Eltern der Schüler und die Angehörigen der Lehrer von ihnen unmittelbar betroffen werden und das Gedeihen der gesamten Gesellschaft davon abhängt, ob die Schulen und Hochschulen den Nach- / 20: / wuchs heranzubilden vermögen, der heute allenthalben so dringend gebraucht wird.

Nun erfahren wir aus der Bedarfsfeststellung, daß die Zahl der Schüler bis zum Jahr 1970 um etwa zwei Millionen anwachsen wird. Der Zuwachs ergibt sich hauptsächlich aus der schon heute zu berechnenden Bevölkerungsvermehrung. Durch die Einführung des neunten Volksschuljahres wächst die Schülerzahl um etwa 500.000. Hingegen werden 44 Prozent der Lehrer<sup>1</sup> bis 1970 ausgeschieden sein. Wie groß ist die Zahl der Lehrer, die man braucht, wenn in den zehn Jahren von 1961 bis 1970 nicht nur die ausgeschiedenen 44 Prozent ersetzt, sondern darüber hinaus jene zusätzlichen Lehrer gefunden werden müssen, die nötig sind, um die zwei Millionen Schüler, die neu hinzukommen, zu unterrichten?

### *Der Bedarf an Lehrern*

Um den Bedarf an Lehrern zu errechnen, arbeiten die Kultusminister durchgängig mit zwei Werten: den "Zielwerten" und den "Mittelwerten". Sie haben, wie man aus diesen Namen schließen kann, auch untere Werte errechnet, die sie der Öffentlichkeit nicht vorgelegt haben. Den Grund dafür zu erraten, ist nicht schwer: Schon die Mittelwerte liegen weit unter dem Durchschnitt jener Staaten, deren Kulturniveau wir auch für Deutschland in Anspruch nehmen.

Die unteren Werte könnte heute kein verantwortlicher Minister vor der Öffentlichkeit vertreten. / 21: / Die Mittelwerte sind, nach den Angaben der Kultusminister, Maßzahlen, "die in einigen Ländern bereits erreicht sind und in allen Ländern im vor uns liegenden Jahrzehnt erreicht werden sollen".

Die Zielwerte "sind pädagogisch wünschenswert, aber auch als praktische Zielsetzung der Entwicklung

---

<sup>1</sup> Das sind etwa 115.400.

bis 1970 nicht unrealistisch". Selbst mit den Zielwerten würden wir aber den Anschluß an die großen Kulturnationen noch nicht erreichen. Für den Lehrerberarf ergibt sich nach den Mittelwerten bis 1970 eine Zahl von 419.988, das heißt, ein notwendiger Zuwachs von 273.153 Lehrern aller Schularten. Das sind 11.000 Lehrer mehr als der gesamte Bestand von 1961. Der Zielwert liegt bei einer Zahl von 535.426 Lehrern, was einen Zuwachs von 388.591 Lehrern erfordern würde. Wenn man feststellt, daß im Zeitraum von zehn Jahren rund 300.000 neue Lehrer aller Schularten gewonnen werden müssen, befindet man sich also unterhalb der Mitte der von den Kultusministern genannten Werte.

Wie sind die Chancen, diesen Lehrerberarf zu decken? Sie ergeben sich aus einer sehr einfachen Rechnung. Sämtliche Lehrer müssen nach den geltenden Richtlinien Abiturienten sein. Nun beträgt in den zehn Jahrgängen, aus denen sich die Lehrer rekrutieren sollen, die durchschnittliche Zahl der Abiturienten 50.000; es stehen also rund 500.000 Abiturienten zur Verfügung. Von diesen Abiturienten gehen nach den bisherigen Erfahrungen höchstens 450.000 an eine Hochschule; rund 30 Prozent davon pflegen vor Abschluß des Studiums auszuseiden. Es sind also rund 300.000 Hochschulabsolventen zu erwarten, eine Zahl, die genau der obengenannten Durchschnittszahl des Lehrerberarfes ent- / 22: / spricht. Demnach müßten sämtliche Hochschulabsolventen Lehrer werden, wenn unsere Schulen ausreichend mit Lehrern versorgt sein sollen.

Die Mittelwerte der Kultusminister lassen sich nur erreichen, wenn rund 90 Prozent aller Hochschulabsolventen den Lehrerberuf wählen, für die Zielwerte wären mehr als 120 Prozent erforderlich. Wir könnten also den Lehrerberarf nur decken, wenn wir in Zukunft auf Ärzte und Juristen, auf Theologen und Naturwissenschaftler, auf Ingenieure und Architekten verzichten wollten. Die genannten Zahlen sind gewiß nur grobe Schätzungen, aber sie dürften der bitteren Wirklichkeit entsprechen. Da gleichzeitig der Bedarf an Abiturienten und an Akademikern auf fast allen Gebieten im Steigen ist, läßt sich aus den von den Kultusministern vorgelegten Zahlen bereits heute mit Sicherheit ablesen, daß der von ihnen errechnete Lehrerberarf nicht einmal zur Hälfte wird gedeckt werden können. Das bedeutet aber, daß wir glücklich sein müssen, wenn jene unteren Zahlen gehalten werden können, die uns die Kultusminister mit guten Gründen verschwiegen haben. Es bedeutet zugleich, daß in allen Bereichen unseres öffentlichen Lebens, nicht zuletzt in der Wirtschaft, ein beängstigender Mangel an Akademikern und höher qualifizierten Nachwuchskräften zu erwarten ist; denn der Altersaufbau ist dort nicht anders als in den Schulen, und wir werden deshalb in allen Bereichen unserer Gesellschaft mit dem Ausscheiden von rund 40 Prozent der Akademiker zu rechnen haben. / 23: /

### *Der Mangel an Abiturienten*

Um so unbegreiflicher ist es, daß die Bedarfsfeststellung eine Vermehrung der Abiturientenzahlen und eine entsprechende Vermehrung der Gymnasien nicht vorgesehen hat. Die Kultusminister hätten nämlich aus ihren eigenen Zahlen entnehmen können, daß der Gesamtbedarf an Abiturienten selbst dann nicht gedeckt werden kann, wenn es gelingen sollte, die Zahl der Abiturienten zu verdoppeln. Das ist eine Feststellung von ungeheurer Tragweite. Sie bedeutet, daß das gesamte System unserer Bildungseinrichtungen aus den Fugen gehen wird: Eine Verdoppelung der Abiturienten erfordert, grob gerechnet, eine Verdoppelung der Zahl der Studienräte und eine entsprechende Expansion der philosophischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten unserer Universitäten. Mit Staunen liest man daher in der Bedarfsfeststellung, daß<sup>2</sup> die Studentenzahl an sämtlichen wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik von 1961 bis 1966 nur um 22.624 steigen soll. So weit bleibt unsere Bildungsplanung hinter dem von denselben Behörden errechneten Bedarf zurück.

Tatsächlich sahen sich die Kultusminister auch genötigt, in einer Pressemitteilung am 1. Juli 1963 bekanntzugeben, sie planten eine Erhöhung der Abiturientenzahl; Bayern hat im Dezember 1963 einen großzügigen Plan zur Vermehrung der höheren Schulen vorgelegt. Aber solche Pläne haben einen etwas deklamatorischen Charakter, solange man nichts darüber erfährt, wie die Stellen der Studienräte an den neu zu errichtenden Gymnasien besetzt werden sollen. / 24: / Der Mangel an Studienräten wird in wenigen Jahren ebenso schlimm sein wie der an Volksschullehrern.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Nach der geltenden Richtzahl für die Finanzplanung.

<sup>3</sup> Schon 1962 konnte aus Mangel an Lehrern in einem Bundesland ein Drittel des mathematischen und

### Rückstände im internationalen Vergleich

Der Lehrermangel bereitet heute in allen hochentwickelter Staaten den Unterrichtsbehörden große Sorgen. Er wäre auch bei uns nicht so erschreckend, wenn das Schulwesen der Bundesrepublik sich etwa auf demselben Stand befände wie das Schulwesen der anderen vergleichbaren Länder. Wie weit wir davon entfernt sind, zeigt sich für die Volksschulen an der Dauer des obligatorischen Schulbesuches. Sie beträgt in Großbritannien schon jetzt zehn Jahre, ein elftes Jahr wird vorbereitet. Frankreich ist im Begriff, ein zehntes Pflichtschuljahr durchzuführen. Dasselbe ist in der Sowjetunion und in der Zone sowie in einem großen Teil von Kanada der Fall. In den USA setzt sich sogar die zwölfjährige Einheitsschule immer mehr durch.

In der Bundesrepublik herrscht dagegen in den meisten Ländern noch immer die achtjährige Schulpflicht vor; nur die Stadtstaaten, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nehmen eine Sonderstellung ein. Bis 1967 will die Mehrzahl der Bundesländer das beschlossene neunte Volksschuljahr einführen; ob das erreichbar ist, bleibe dahingestellt. Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wollen bis 1967 wenigstens für 30 bis 50 Prozent der Schüler den Besuch / 25: / eines neunten Volksschuljahres ermöglichen. Von der Einführung eines zehnten Schuljahres, das uns den Anschluß an vergleichbare Kulturstaaten verschaffen würde, wagt, wenn man von Berlin absieht, niemand mehr zu reden, weil sie unmöglich ist. Das bedeutet praktisch, daß der durchschnittliche Bildungsstand und die durchschnittlichen Leistungsqualifikationen der großen Mehrheit der Bevölkerung für lange Zeit unter dem Durchschnitt jener Länder liegen werden, mit denen wir wirtschaftlich und politisch konkurrieren müssen. Noch schlimmer sieht es im Bereich der höheren Bildung aus. Hier stößt allerdings der internationale Vergleich wegen der Verschiedenheit der Schulsysteme auf Schwierigkeiten. Wir greifen deshalb aus einer von der OECD veröffentlichten Übersicht über die Planung der ihr angeschlossenen Länder nur die Staaten heraus, deren Hochschulreife-Niveau dem der Bundesrepublik etwa entspricht. In diesen Ländern wird im Jahr 1970 der Anteil der Abiturienten am entsprechenden Altersjahrgang die folgenden Prozentzahlen erreichen:

Land	typisches Alter 1970	in Prozent
Norwegen	19	22
Schweden	20	22
Frankreich	19	19
Österreich	18 ½	14
Italien	18 ½	12,5
Dänemark	18 ½	11,5
Niederlande	19	9
Bundesrepublik	20	6,8

/26:/ Die Zahl der Abiturienten bezeichnet das geistige Potential eines Volkes, und von dem geistigen Potential sind in jeder modernen Welt die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, die Höhe des Sozialproduktes und die politische Stellung abhängig. Die Gewichtsverhältnisse in Europa werden für den Rest des zwanzigsten Jahrhunderts dadurch bestimmt sein, daß Frankreich trotz kleinerer Bevölkerungszahl während einer noch nicht abzusehenden Reihe von Jahren fast dreimal soviel Abiturienten ausbilden wird wie die Bundesrepublik; dabei kann niemand behaupten, das Niveau der französischen Schulen sei niedriger als das der deutschen. Der französische Soziologe Alfred Sauvy stützt darauf die überzeugende Prognose, daß Frankreich im Jahr 1970 das Zentrum von Europa sein wird. Hingegen wird die Bundesrepublik in naher Zukunft wegen der Rückständigkeit ihres Bildungswesens auch wirtschaftlich und politisch nur noch eine untergeordnete Rolle spielen können.

Aus den bisher genannten Zahlen ergibt sich, daß das Erziehungs- und Bildungswesen der Bundesrepublik bei weitem nicht mehr in der Lage ist, den Bedarf unserer Gesellschaft an qualifizierten Nachwuchskräften zu decken und den durchschnittlichen Bildungsstand unseres Volkes auf einem

---

naturwissenschaftlicher Unterrichts auf der Oberstufe nicht erteilt werden.

Niveau zu halten, das den Standards des zwanzigsten Jahrhunderts entspricht. Selbst seinen eigenen Lehrernachwuchs kann es nicht liefern, und deshalb ist ein weiteres Absinken unter keinen Umständen mehr aufzuhalten. Unser Bildungswesen ist funktionsunfähig geworden. Es vermag die Aufgaben nicht mehr zu erfüllen, für die es eingerichtet worden ist. Ein Blick auf die internationalen Vergleichszahlen hat uns darüber belehrt, welche Folgen sich /27:/

Zuwachs an Abiturienten [OECD, Third Survey S.1]

Jugoslawien	1959	38,1	
	1970	94,4	148 %
Norwegen	1959	4,9	
	1970	13,0	165%
Frankreich	1959	59,1	
	1970	150,0	154%
Belgien	1959	10,4	
	1970	20,8	100%
Schweden	1959	10,5	
	1970	25,0	138%
Italien	1959	55,6	
	1970	116,6	110%
Dänemark	1959	3,8	
	1970	8,5	124%
Niederlande	1959	10,0	
	1970	20,0	100%
Bundesrep. Deutschland	1959	51,4	
	1970	53,3	4%

/28:/ daraus für die politische Stellung und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik in einer Zeit ergeben, in der die anderen Nationen längst begriffen haben, daß die Selbstbehauptung eines Staates nicht von der Zahl der Divisionen, sondern allein von der Fähigkeit abhängt, in jenem Leistungswettbewerb nicht zurückzubleiben, der das Gesicht der heutigen Welt bestimmt.

### *Qualität und Quantität*

Aus den bisher vorgelegten Daten ergibt sich zwingend, daß wir die Zahl der Abiturienten mindestens verdoppeln und auch die Zahl der Akademiker erheblich steigern müssen, wenn Westdeutschland im Zuge der Entwicklung der wissenschaftlichen Zivilisation nicht unter die Räder kommen soll. Wir brauchen eine riesige Vermehrung der Quantitäten auf den höheren Ausbildungsstufen. Aber ergibt sich aus der Steigerung der Quantität nicht zwangsläufig eine Senkung der Qualität? Und ist nicht eine Steigerung der Qualität gerade heute dringlicher denn je geboten? Hatte Kultusminister Storz nicht recht, wenn er noch im Dezember im Stuttgarter Landtag davor warnte, daß im Laufe der Zeit das Bemühen um Quantitätssteigerung ganz von selbst in immer größere Unbedenklichkeit umschlagen könne, was die Qualität betrifft?

Es kann nicht bestritten werden, daß das durchschnittliche Leistungsniveau der höheren Schule und der Studenten weit hinter den Maßstäben zurückgeblieben ist, die noch vor vierzig Jahren als selbstverständlich galten. Wir müssen die / 29: / Irrwege der deutschen Politik durch einen erschreckenden Qualitätsverlust bezahlen. Aber der Niedergang der Qualität tritt nicht nur an den höheren Bildungsanstalten in Erscheinung. Wir treffen ihn ebenso in Industrie und Handwerk, er macht auch vor der Landwirtschaft nicht halt und bestimmt weithin den Stil der Politik. Der Qualitätsschwund ist epidemisch geworden, und eine solche Epidemie läßt sich nicht durch verschärfte Prüfungsbestimmungen bekämpfen. Der billige Slogan "Qualität statt Quantität" ist selbst ein Symptom dieser Erkrankung, der sich offenbar keiner entziehen kann. Statt sich mit Schlagworten zufriedenzugeben, sollte man lieber anfangen, nachzudenken und sich um eine Analyse der Ursachen des allgemeinen Niedergangs bemühen.

Eine dieser Ursachen ist ohne Zweifel der unterentwickelte Stand unseres Bildungswesens. Warum ist die Qualität des Bildungsstandes unserer Abiturienten unbefriedigend? Dafür gibt es mancherlei Gründe. Aber einer der wichtigsten Gründe ergibt sich ohne Zweifel aus folgenden Zahlen, die der baden-württembergische Philologenverband bekanntgibt. Wenn man an den Gymnasien jene Meßzahlen erreichen will, die weder den Mittel- noch den Zielwerten, sondern den unteren Werten der Kultusminister entsprechen <sup>4</sup>, so fehlen allein in Baden-Württemberg 2.511 Gymnasiallehrer, das sind 44 Prozent der heute amtierenden 5.678 Gymnasiallehrer. Schon jetzt besteht also an den Gymnasien dieses Landes ein totgeschwiegenes Defizit von fast 50 Prozent des gegenwärtigen Bestandes. Wie sollen / 30: / unter solchen Bedingungen Leistungen erzielt werden? Auch in den Volksschulen muß in Klassen mit 60 oder 70 Schülern sogar die beste Begabung verkommen, und selbst der klügste Student kann nichts mehr lernen, solange in den sogenannten Massenfächern für mehrere Hunderte von Studenten nur ein einziger Ordinarius zur Verfügung steht.

Die Steigerung der Qualität der Leistung hängt von der Steigerung der Quantität der Lehrer ab. Solange wir im Verhältnis der Lehrerzahl zur Schülerzahl den internationalen Durchschnitt nicht wieder erreichen, ist an eine Hebung der Qualität nicht zu denken. Wir müssen quantitativ wieder auf einen Normalstand kommen; erst dann können wir hoffen, daß sich das rapide sinkende Niveau des Bildungsstandes aller Stufen in absehbarer Zukunft den internationalen Standards wieder angleichen wird.

#### *Schulpolitik: die Sozialpolitik von heute*

Wenden wir den Blick auf die inneren Verhältnisse unseres Landes, so zeigt sich ein Aspekt des Problems, der nicht weniger ernst zu nehmen ist. Im März 1962 veröffentlichte die Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt eine Untersuchung von Roderich von Carnap und Friedrich Edding unter dem Titel "Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952 bis 1960". Wer würde vermuten, daß in einer Arbeit, die unter diesem harmlosen Titel eine trockene statistische Untersuchung / 31: / enthält, zum erstenmal ein Konstruktionsfehler unserer Sozialordnung aufgedeckt wurde, der sich mit den sozialpolitischen Übelständen des vorigen Jahrhunderts durchaus vergleichen läßt? Daß Schulstatistik etwas mit Sozialpolitik zu tun haben soll, das will den Deutschen nur schwer in den Kopf. Unser sozialpolitisches Bewußtsein ist womöglich noch rückständiger als unser Bildungswesen. Es ist deshalb nötig, zunächst an einige sehr einfache Sachverhalte zu erinnern.

In der modernen "Leistungsgesellschaft" heißt soziale Gerechtigkeit nichts anderes als gerechte Verteilung der Bildungschancen; denn von den Bildungschancen hängen der soziale Aufstieg und die Verteilung des Einkommens ab. Das Einkommen spielt aber heute eine viel größere Rolle als jenes Lieblingsthema der Ideologen, das Eigentum. Der gesamte soziale Status, vor allem aber der Spielraum an persönlicher Freiheit, ist wesentlich durch die Bildungsqualifikationen definiert, die von dem Schulwesen vermittelt werden sollen.

Man spricht heute gerne von der "mobilen" oder auch von der "nivellierten" Gesellschaft und vergißt, daß in der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ein neues Prinzip der klassenähnlichen Schichtung die Struktur der Gesellschaft wesentlich mitbestimmt. Durch das Schulsystem werden schon die zehnjährigen Kinder — und zwar in der Regel definitiv — in Leistungsgruppen eingewiesen, die durch das Berechtigungswesen einer entsprechenden Gruppierung der sozialen Positionen zugeordnet sind. Die so geschaffene Klassifizierung durch Bildungsqualifikationen überlagert mehr und mehr die noch fortbestehende Klassenstruktur /32:/ der bisherigen industriellen Gesellschaft. Die Interferenz zwischen diesen beiden Schichtungsprinzipien ergibt dann jene gesellschaftliche Wirklichkeit, mit der es die Sozialpolitik heute zu tun hat. Die Schule ist deshalb ein sozialpolitischer Direktionsmechanismus, der die soziale Struktur stärker bestimmt als die gesamte Sozialgesetzgebung der letzten fünfzehn Jahre.

Da man noch immer in den Kategorien des neunzehnten Jahrhunderts denkt, meint man, soweit dieses Problem überhaupt ernst genommen wird, man könnte die Ungerechtigkeiten, die mit der Sozialauslese

---

<sup>4</sup> 1,5 Lehrer je Klasse, Senkung der Klassenfrequenzen auf 30 in der Unterstufe, 25 in der Mittelstufe und 20 in der Oberstufe.

durch die Schulen verbunden sind, durch die Verteilung von individuellen Finanzbeihilfen lösen, die nach dem Muster der Studentenförderung begabten Kindern den Zugang zu einer höheren Bildung möglich machen sollen. Dieser durchaus begrüßenswerte Weg geht am sozialpolitischen Kernproblem vorbei; das eben zeigt uns die genannte Arbeit. Sie stellt mit den Methoden der vergleichenden Statistik dar, wie groß die Ungerechtigkeit unserer Sozialauslese tatsächlich ist, und zeigt zugleich, wo wir die Ursachen für diese Ungerechtigkeit zu suchen haben.

Einer der wichtigsten Maßstäbe für die Verteilung der Sozialchancen in der Bundesrepublik ist die Streuung der Schulabgänger mit mittlerer Reife, denn der soziale Status einer breiten Gruppe von Berufen ist dadurch geradezu definiert, daß sie die mittlere Reife voraussetzen. Die folgende Statistik gibt die Zahlen des Jahres 1960. In diesem Jahr erreichten die mittlere Reife in / 33: /

Schleswig-Holstein	24 Prozent der Schüler
Berlin	23
Bremen	22
Hamburg	20
Hessen	17
Niedersachsen	16
Bayern	12
Nordrhein-Westfalen	11,5
Baden-Württemberg	10,5
Rheinland-Pfalz	7
Saarland	5
Internationale Vergleichszahlen:	
Norwegen	35,7
Niederlande	32,8
Schweden	32,8
Belgien	31,5
Frankreich	30,8

Abgesehen von dem aus diesen Zahlen wieder abzulesenden Rückstand der Bundesrepublik im internationalen Vergleich ergibt sich ein wahrhaft erschütternder Unterschied zwischen den verschiedenen Bundesländern. Dieser Unterschied hängt, wie die Verteilung auf die Länder zeigt, weder von der Sozialstruktur noch von der Finanzkraft der verschiedenen Bundesländer ab, sondern ergibt sich lediglich aus dem unterschiedlichen Ausbau des Schulwesens. Die Entscheidungen der Unterrichtsverwaltungen beziehungsweise der Landtage verfügen darüber, wie groß die Sozialchancen der Bevölkerung eines Bundeslandes sind. Zur Zeit gibt es, wie die Tabelle zeigt, je nach der Zugehörigkeit zu einem / 34: / Lande in der Bundesrepublik Staatsbürger erster bis vierter Klasse.

Noch schlimmer ist das Bild, das uns die Statistik über den Fremdsprachenunterricht an den Volksschulen zeigt. Nach einer Vereinbarung der europäischen Erziehungsminister sollen sämtliche Schulkinder vom zehnten Lebensjahr an eine Fremdsprache erlernen, wie das in einer Reihe von Ländern längst schon üblich ist. Dieser Vereinbarung, der sich die Bundesrepublik angeschlossen hat, kommt eine eminente sozialpolitische Bedeutung zu, denn von der rechtzeitigen Erlernung einer Fremdsprache ist beim Durchschnitt der Schüler jeder weitere Bildungsaufstieg abhängig. Nur wenn an den Volksschulen Fremdsprachen erlernt werden können, sind die Volksschüler sozial nicht mehr deklassiert, nur dann steht ihnen die Möglichkeit offen, den Anschluß an einen höheren Bildungsgang zu finden.

In den verschiedenen Bundesländern verteilt sich der Anteil der Volksschüler mit Fremdsprachenunterricht wie folgt:

Westberlin	73,6 Prozent
Schleswig-Holstein	46,9
Bremen	44,1
Hamburg	37,6
Hessen	28,1
Saarland	15,3
Niedersachsen	14,3
Baden-Württemberg	9,1
Bayern	6,0
Nordrhein-Westfalen	3,4
Rheinland-Pfalz	1,7

/35:/ Die Ungerechtigkeit, die uns in diesen Zahlen begegnet, betrifft nicht nur die einzelnen, sie betrifft ganze Bevölkerungsgruppen. Die Zahlen aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz machen es verständlich, daß im Jahr 1960/61 nur 34,4 Prozent aller Studenten Katholiken waren. Wenn ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen hinter armen Agrarländern wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen so weit zurückbleibt, versteht man, weshalb im Jahr 1961 nur 6,2 Prozent der Studenten einen Arbeiter zum Vater hatten. Am schlimmsten aber ist die Lage der ländlichen Bevölkerung. Solange wir das ländliche Schulwesen nicht modernisieren, kann unsere Landwirtschaft im Rahmen der EWG nicht konkurrenzfähig werden.